

5. Gefahr von Datenmissbrauch und Datenabfluss

Wie kürzliche Datenskandale zeigen, besteht bei zentralen Datensammlungen aufgrund technischer oder personeller Unzulänglichkeiten immer die grundsätzliche Möglichkeit, dass Unbefugte sich Zugriff verschaffen und die Daten an unberechtigte Stellen abfließen. Bei derart sensiblen Daten wäre das der datenschutztechnische Super-GAU.

6. Gefahr der Ausdehnung von Zugriffen

Noch sieht der Gesetzentwurf eine Zweckbindung zur Unterstützung der Schulanmeldung, des Schulwechsels, der Kooperation von Schulen und zur Überwachung der Schulpflicht vor. Wie sich der Zugriff auf diese Daten in Zukunft entwickeln wird, ist nicht gewiss. Vorhandene Daten wecken Begehrlichkeiten. Und so werden heute Abfragemöglichkeiten, die ursprünglich zur Aufdeckung terroristischer Geldströme eingeführt wurden wie selbstverständlich von Sozialämtern zur Durchleuchtung der Antragsteller genutzt.

WAS KÖNNEN SIE TUN?

- Drücken Sie offen Ihren Unmut gegen die Datenspeicherung aus
- Wenden Sie sich an Ihren Landtagsabgeordneten
- Schreiben Sie ans Kultusministerium
- Aktivieren Sie weitere Eltern oder den Elternbeirat an Ihrer Schule, um z. B. eine Unterschriftensammlung durchzuführen und leiten Sie diese an das Kultusministerium weiter
- Sprechen Sie Pressevertreter auf das Thema und Ihre Bedenken an
- Verbreiten Sie dieses Informationsblatt weiter

WO BEKOMMT MAN WEITERE INFORMATIONEN?

Folgende Internet-Seiten informieren über das Thema:

<http://www.Schueler-ID.de>

<http://wiki.piratenpartei.de/Bsdb>

**KLARMACHEN
ZUM ÄNDERN!**

KLARMACHEN ZUM ÄNDERN.
MACH MIT!

PIRATEN IM WEB

Die Jungen Piraten

<http://www.jungepiraten.de>

Piratenpartei Deutschland

Landesverband Bayern

<http://www.piratenpartei bayern.de>

Über die Piratenpartei:

Anfang 2006 wurde in Schweden die erste Piratenpartei gegründet, die inzwischen mit über 50.000 Mitgliedern die drittgrößte Partei Schwedens ist und die größte Jugendorganisation des Landes besitzt. In vielen Ländern wurde nach dem Vorbild der schwedischen Piraten ebenfalls Piratenparteien ins Leben gerufen. So auch in Deutschland im Sommer 2006. Die Mitgliederzahl der Piratenpartei Deutschlands hat sich in den letzten Monaten verzehnfacht, und täglich treten weitere Mitglieder ein. Alle Piratenparteien teilen weltweit das Ziel, für die Privatsphäre der Bürger einzutreten, ein faires Urheber- und Patentrecht zu schaffen und für freie Verbreitung von Wissen und Bildung einzustehen.

Piratenpartei Deutschland Landesverband

Bayern Postfach 440534

80754 München

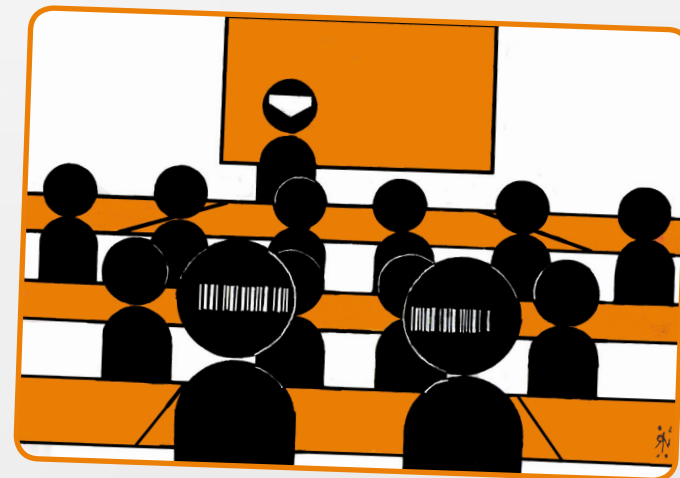
fax:08361/2023000

Email:info@piratenpartei bayern.de

Vi.S.d.P. Klaus Müller, Heßstraße 90, 80797

München

„Automatisierte Verfahren zur
Unterstützung der Schulen“
oder
Die neue zentrale Bayerische
Schülerdatenbank



INFORMATION FÜR ELTERN



WORUM GEHT ES?

Die Bayerische Staatsregierung beabsichtigt, ein „Automatisiertes Verfahren zur Unterstützung der Schulen“ einzuführen. Sie erhofft sich dadurch im Wesentlichen einen Bürokratieabbau an den Schulen, eine bessere Bildungsplanung und eine umfassendere Grundlage für statistische Auswertungen.

Dazu ist geplant, eine zentrale Datenbank einzuführen, die von jedem Schüler umfangreiche persönliche Daten enthalten soll.

WELCHE DATEN SOLLEN GESPEICHERT WERDEN?

Stammdaten:

- Name, Vornamen, Tag der Geburt, Geburtsort, Geschlecht, Staatsangehörigkeit
- Migrationshintergrund (Geburtsland, Jahr des Zuzugs nach Deutschland, Muttersprache)
- **Religionszugehörigkeit**
- Jahr der Ersteinschulung
- erworbene Abschlüsse
- Adressdaten

Daten zum Unterricht:

- Daten zur Förderung (*sonderpädagogische Förderung, Teilstörung, sonstige Fördermaßnahmen*)
- ganztägige Betreuung, Schülerheim oder Internat, Gastschulverhältnis
- übertrittsrelevante Daten zur Schullaufbahn (aktuell besuchte Schule, Schulpflicht, **Feststellung zu Übertrittseignung betreffend Gymnasium, Realschule und Hauptschule**, Vorbildung, Austrittsdatum, Zielschule)
- Daten zum aktuellen Unterricht (Jahrgangsstufe, Bildungsgang, Fremdsprachen, Berufsausbildung, Erreichen des Ziels der Jahrgangsstufe, **Art der Wiederholung, Art der Vorrückens**, die von Schülerinnen und Schülern im laufenden Schuljahr besuchten Unterrichtseinheiten)

Daten zu Erziehungsberechtigten:

- Name und Adressdaten der Erziehungsberechtigten, **auch Daten früherer Erziehungsberechtigter**

Leistungsdaten:

- Ergebnisse der Jahrgangsstufentests und der Orientierungsarbeiten, Grund für Nichtteilnahme (sonderpädagogische Fördermaßnahmen, Lese-Rechtschreibschwächen), erreichte Punkte je Aufgabe
- Ergebnisse der zentralen Abschlussarbeiten Förderschwerpunkt, Prüfungsart, Prüfungsfach, Punkte/Note je Prüfungsfach und Prüfungsteil, Abschlusszeugnisnote, Teilnahme am Nachtermin, Herkunftsschule bei Externen.

WO LIEGEN DIE PROBLEME?

Die angestrebten Ziele klingen auf den ersten Blick durchaus sympathisch, besorgniserregend ist allerdings die vorgesehene Umsetzung. Wie Sie anhand des Umfangs der gespeicherten Daten sehen können, soll ein Super-Register entstehen, in dem sehr persönliche Angaben während der gesamten Schullaufbahn erfasst und gespeichert werden sollen. Die Piratenpartei hat überhaupt kein Verständnis dafür, dass jeder Mensch schon als Schulkind umfassend erfasst, registriert und gespeichert werden soll. So steht am Ende eines sehr fragwürdigen Prozesses der gläserne Schüler!

WELCHE ZIELE WILL DIE STAATSREGIERUNG ERREICHEN?

- Verwaltungsvereinfachung für die Schulbehörden
- Bürokratieabbau an Schulen
- Verbesserte Planungsgrundlagen
- Verbesserte Politikunterstützung
- Verbesserte Evaluation bildungspolitischer Entscheidungen
- Erfüllung der überregionalen und internationalen statistischen Datenanforderungen

(QUELLE: INTERNETSEITE DES KULTUSMINISTERIUMS)

WARUM SIND DIE PIRATEN GEGEN DIE DATENBANK?

1. Fragwürdiger Name

Die detaillierten Statistiken sollen eine solide Planungsgrundlage bieten, um z.B. einen Förderbedarf frühzeitig zu erkennen. Wir meinen, dass die Probleme im Bildungswesen nicht fehlende Statistiken, sondern fehlende Lehrkräfte und zu große Klassen sind.

2. Zweifelhafter Beitrag zum Bürokratieabbau

Einerseits sollen die Schulen von Doppelerhebung usw. entlastet werden, andererseits werden die Schulen im gleichen Atemzug verpflichtet, eine Vielzahl von Angaben und Merkmale zu erheben, zu erfassen und in die zentrale Datenbank einzustellen und diese stets zu aktualisieren. Es ist daher unter dem Strich keine Entlastung zu erwarten, sondern eher eine Mehrbelastung mit Verwaltungstätigkeiten.

3. Einschnitt in die informationelle Selbstbestimmung

Das Wesen des Grundrechts auf Informationellen Selbstbestimmung ist, selbst zu bestimmen, wer welche Daten über einen kennen und verarbeiten darf. Der Gesetzentwurf verpflichtet die Betroffenen zur Auskunft über persönlichste Verhältnisse wie Stärken, Schwächen und Entwicklungsdefizite des Schülers sowie den religiösen Hintergrund und Migrationsstatus der Familie. Wir sind gegen die verpflichtende Erstellung von Persönlichkeitsprofilen aller Schüler. Verpflichtende Datenerhebung darf nur dort stattfinden, wo eine tatsächliche Notwendigkeit gegeben ist.

4. Gefährdung durch Stigmatisierung

Dass Bildungschancen vom sozialen Hintergrund abhängen, gilt in zahlreichen Studien als belegt. Es ist zu befürchten, dass die Datensammlung eine Stigmatisierung – auch unbewusst – begünstigt, da Lehrer sich bei Beurteilungen von Wechseln des Schulzweiges nicht mehr ausschließlich auf ihre pädagogische Einschätzung verlassen könnten. Wir sind dagegen, dass die Beurteilung der Schullaufbahn „nach Aktenlage“ erfolgt.